

PRESSEAUSSENDUNG

WK Wien: Entsendete Arbeitskräfte kosten Österreich 1,5 Milliarden Euro

Jährlich 150.000 entsendete Arbeitskräfte - Staat verliert 980 Millionen Euro an Steuern - 530 Millionen Euro mehr Arbeitslosengeld - Forderung nach fairer Vergabe

Wien, 09.03.2017 - Unternehmen mit Sitz im Europäischen Wirtschaftsraum entsenden Arbeitskräfte nach Österreich, um hier Dienstleistungen zu verrichten. Der Staat Österreich verliert dadurch Einnahmen von mehr als 1,5 Milliarden Euro. Den Betrieben entgehen Umsätze in Milliardenhöhe. Während andere Länder von Wettbewerbsvorteilen profitieren. Die Folge davon: Branchen sterben, Betriebe müssen zusperren, Arbeitsplätze gehen verloren.

Eine neue Studie der KMU-Forschung Austria im Auftrag der Wirtschaftskammer zeigt deutlich die gravierenden Auswirkungen von entsendeten Arbeitskräften:

- Österreichischen Betrieben entgehen rund 4,4 Milliarden an Umsätzen.
- Dem Staat Österreich entgehen 983 Millionen Euro an Steuern und Abgaben.
- Österreichische Arbeitskräfte werden von ausländischen ersetzt. Darum muss Österreich 535 Millionen Euro mehr Arbeitslosengeld bezahlen.
- Andere EU-Länder haben eklatant geringere Lohnnebenkosten als Österreich. Die österreichischen Unternehmen haben daher einen klaren Wettbewerbsnachteil. Sie können mit den Dumpingpreisen nicht mithalten.
- Jährlich werden rund 150.000 Arbeitskräfte entsendet, davon rund ein Viertel nach Wien. Das bedeutet den Verlust von 1 Milliarde Euro an Umsätzen allein in Wien.

Wirtschaftskammer Wien und Gewerkschaft treten gemeinsam für faire Rahmenbedingungen für Unternehmen und damit für eine faire Vergabe ein:

- Bestangebotsprinzip statt Billigangebotsprinzip: Nicht das billigste, sondern das beste Angebot soll einen Auftrag erhalten.
- Einhaltung der Spielregeln auch während der Ausführung des Auftrags und damit Überwachung der Ausführung auf Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen (z.B. Lohn- und Sozialdumping)

Maria Smodics-Neumann, Obfrau der Sparte Gewerbe und Handwerk der Wirtschaftskammer Wien: „Wenn die Politik nicht will, dass im Gewerbe und Handwerk ganze Branchen sterben, muss jetzt gehandelt werden. An den Umsätzen hängen schließlich Arbeits- und Lehrplätze. Für alle Unternehmen müssen die gleichen Rahmenbedingungen gelten.“

Josef Muchitsch, Abg. z. NR, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft Bau-Holz und Sprecher der Sozialpartner-Initiative „FAIRE VERGABEN sichern Arbeitsplätze!": „Die von der Wirtschaftskammer beauftragte Studie zeigt die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und die dadurch entgangenen

PRESSEAUSSENDUNG

Einnahmen schonungslos auf. Das ist ein wichtiger Beitrag zur Bewusstseinsbildung und Umsetzung notwendiger Maßnahmen und unterstützt die politische Marschrichtung unserer Bundesregierung in dieser Problematik.“

Josef Witke, Spartenobfrau-Stellvertreter Gewerbe und Handwerk Wien: „Wir haben einen absoluten Preisverfall, weil die Firmen aus dem Ausland rund um ein Drittel des Geldes arbeiten, das wir brauchen würden, um kostendeckend arbeiten zu können. Hier braucht es unbedingt Lösungen, die unsere Unternehmen schützen.“

Nachfragehinweis:

Dr. Brigitte Wimmer
Abteilung Presse und Öffentlichkeitsarbeit
Wirtschaftskammer Wien
T 01 514 50-1477
E brigitte.wimmer@wkw.at | W <http://wko.at/wien>

Thomas TRABI, M.A
GBH-Press & Kommunikation
T 0664 614 55 17
E presse@gbh.at
W www.bau-holz.at | www.faire-vergaben.at

Alle Aussendungen der Wirtschaftskammer Wien
finden Sie auf <http://wko.at/wien/presseaussendungen>